

In den USA zeichnet die AfD das Bild eines autoritären Deutschlands – und treibt einen Plan voran



Von **Pauline von Pezold**
Playbook Reporterin bei POLITICO

Veröffentlicht am 08.11.2025 | Lesedauer: 6 Minuten



US-Präsident Donald Trump und AfD-Chefin Alice Weidel

Quelle: picture alliance/Metodi Popow/M. Popow; Getty Images/Kevin Dietsch;
Montage: Infografik WELT

Treffen in Washington und Kontakte zu republikanischen Abgeordneten: Die AfD baut in den USA ein Netzwerk auf und erhofft sich prominente Unterstützung für ihre politischen Vorhaben. Dabei geht es um weit mehr als nur darum, das Ansehen der Bundesregierung zu schwächen.

Die AfD kennt die Räumlichkeiten mittlerweile gut – ihren neuen Fraktionssaal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus im Berliner Regierungsviertel. Jeden Dienstag während der Sitzungswochen treffen sich hier die Abgeordneten. Ihr alter Saal auf der Fraktionsebene war für alle 152 Abgeordneten zu klein geworden, im neuen Saal ist hingegen reichlich Platz. An diesem Mittwochabend aber wird es auch dort erstmals eng.

280 Gäste wollen an einer Veranstaltung der AfD teilnehmen. Der Raum und die heute geöffnete Tribüne ist damit bis auf den letzten Platz gefüllt. Grund für den großen Ansturm ist Alex Bruesewitz. In Deutschland kein so bekannter Name, in den USA aber gehört er zu den engsten Social-Media- und Wahlkampfberatern von US-Präsident Donald Trump. Auf X zählt er über 600.000 Follower.

Bruesewitz ist der Einladung der stellvertretenden AfD-Fraktionsvorsitzenden Beatrix von Storch gefolgt, die er im Juni in Ungarn kennenlernte. In Berlin wird er einen Vortrag zum Thema „Der globale Kampf um Wahrheit“ halten. Kurz gesagt: zur Meinungsfreiheit.

Bruesewitz ist nicht die erste Person aus Trumps engerem Umfeld, die enge Kontakte zur AfD unterhält. Bereits Anfang des Jahres mischte sich der Tech-Milliardär Elon Musk – damals als Sonderberater für die Trump-Administration tätig – immer wieder in den deutschen Wahlkampf ein und warb für die AfD (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article68b41b3d5d3e123a945b13c9/Elon-Musk-wirbt-fuer-die-AfD-und-warnt-vor-dem-Ende-Deutschlands.html>). Im Februar traf Parteichefin Alice Weidel US-Vizepräsident J.D. Vance im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz. Seitdem pilgern Funktionäre der AfD fast monatlich nach Washington, um sich dort mit verschiedenen Republikanern zu treffen und neue politische Verbündete zu gewinnen. Worum geht es bei den Treffen? Und was will die AfD langfristig damit erreichen?

Das Bild eines autoritären Staates

Naomi Seibt ist wohl das prominenteste Sprachrohr der AfD in den USA. Sie hat zwar kein Parteibuch, steht aber mit mehreren Politikern im engen Austausch, stellt Kontakte her und verbreitet die Inhalte der Partei – mit einer Reichweite von fast einer halben Millionen Followern auf X – auch im englischsprachigen Raum.

Vergangene Woche wurde sie von Republikanerin Anna Paulina Luna im Repräsentantenhaus empfangen. Sie will Seibt dabei unterstützen, politisches Asyl in den USA zu erhalten (<https://www.welt.de/politik/ausland/article6901d1c33e11285c65focda5/naomi-seibt-afd-influencerin-beantragt-asyl-in-den-usa-mit-unterstuetzung-von-elon-musk.html>). Das sei nötig, weil die 25-Jährige in Deutschland nicht mehr sicher sei. Es war Seibts Eintrittskarte für die große Bühne. Anfang der Woche war sie Gast in der Show des rechten US-Influencers Alex Jones.

Die anfangs zurückhaltend wirkende Frau erzählte darin in perfektem Englisch und mit einer völligen Selbstverständlichkeit, wie schlecht es um die Meinungsfreiheit in Deutschland bestellt sei. Für die AfD sei das besonders gefährlich, vor den Wahlen würden Politiker der Partei regelmäßig „auf magische Weise versterben, kurz bevor sie Wahlen gewinnen“, sagte Seibt. Sie spielt damit auf die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im September an, vor der mehrere Kandidaten der AfD [alter- oder krankheitsbedingt starben \(https://www.welt.de/politik/deutschland/article68b927d346b61b4dcbob8c01/NRW-16-tote-Kandidaten-Wahlleitung-sieht-Zahl-der-Sterbefaelle-nicht-signifikant-erhoeht.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article68b927d346b61b4dcbob8c01/NRW-16-tote-Kandidaten-Wahlleitung-sieht-Zahl-der-Sterbefaelle-nicht-signifikant-erhoeht.html) – Todesursachen, die selbst in der AfD niemand in Frage stellt.

Dass Seibt diese Verschwörungserzählung in den USA verbreitet, trifft sich für die AfD dennoch gut. Denn sie unterstreichen das Bild, das die Partei in den USA von Deutschland zeichnen möchte: das Bild eines autoritären Staates. Seibt alleine reicht aber nicht aus, um diese Darstellung zu festigen. Im Wechsel machen sich deshalb AfD-Abgeordnete auf die Reise, um ihre Botschaft über den Atlantik zu transportieren.

„Für Missstände in Deutschland sensibilisieren“

Auch Bundesvorstandsmitglied Kay Gottschalk war dieses Jahr bereits zwei Mal vor Ort. Im Dezember ist eine weitere Reise geplant. „Ich stehe mit den Republikanern in engem Austausch und hoffe, sie so für die Situation und Missstände in Deutschland sensibilisieren zu können“, sagte er zu „Politico“.

Und auf US-Seite verfängt das. Bruesewitz, der am Mittwoch bei der AfD zu Gast ist, erzählte am Dienstag vor der Fraktion, wie gut er sich mit der AfD identifizieren könne – auch er sei als Trump-Unterstützer während der Amtszeit von Vorgänger Joe Biden vom FBI verfolgt worden. Ähnlich, so sagte er, wie die AfD vom Verfassungsschutz. Luna, die republikanische Abgeordnete die bereits Seibt, aber auch die AfD-Abgeordnete Anna Rathert empfing, sagte: „Die jüngsten Maßnahmen der deutschen Regierung gegen ihre eigenen Bürger ähneln dem Autoritarismus der Sowjetunion vor ihrem Zusammenbruch – mehr als dem heutigen Russland.“

Der Plan der AfD geht also auf. Doch zu diesem gehört viel mehr, als nur das Ansehen der Bundesregierung zu schwächen. Es geht auch um politische Freundschaft – so eng, dass man auf gegenseitige Gefälligkeiten zählen kann.

Während der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Markus Frohnmaier, der im laufenden Jahr ebenfalls mehrmals in die USA gereist ist, zwar gegenüber „Politico“ beteuert, die Treffen seien „keine Bittgänge um Intervention, sondern Ausdruck unserer politischen Normalität“, sprechen einige seiner Kollegen bereits deutlicher an, worum es wirklich geht. Außenpolitiker Jan Wenzel Schmidt — auch er war dieses Jahr schon zwei Mal in den USA und plant eine dritte Reise — sehe durchaus gute Chancen „dass Rubio (*US-Außenminister, d. Red.*) und Vance [...] ein potenzielles Parteiverbot (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article256418386/AfD-Verbot-Das-waere-der-sichere-Weg-in-den-Buergerkrieg-warnt-Historiker-Roedder.html>) verhindern“, wie er gegenüber „Politico“ sagte.

Gute Kontakte in den USA sollen also auf die deutsche Regierung einwirken, wenn wieder über die Zukunft der AfD diskutiert wird — so der anfängliche Plan. Wie leicht es dann aber fiel, gute Kontakte zu den Republikanern aufzubauen und damit auch der Union um einiges voraus zu sein, hat der Partei nochmal einmal ganz neue Perspektiven eröffnet. Womöglich kann die Trump-Regierung, so die Idee, nicht nur bei einem Verbotsverfahren helfen.

So war es kein Zufall, wer Fraktionsvize Beatrix von Storch bei ihrer Reise nach Washington begleitete: Ludwigshafens AfD-Bürgermeisterkandidat Joachim Paul. Kurz vorher war er aufgrund von Zweifeln an seiner Verfassungstreue von der Wahl ausgeschlossen worden. Bei einem Besuch im Weißen Haus sollte die US-Seite überzeugt werden, dass das nicht rechtens sei — die Partei verspricht sich davon wohl auch, dass die US-Regierung künftig bei ähnlichen Fällen interveniert. Von Wahlen ausgeschlossene Kandidaten, Posten und Gremien, die nicht von Abgeordneten der AfD besetzt sind — die Liste an Punkten, bei denen die AfD Hilfe gebrauchen kann, ist lang.

„Die Trump-Administration schaut nun genau hin“

„Die Trump-Administration schaut nun genau hin“, sagt Maximilian Krah gegenüber „Politico“. „Das gibt Hoffnung auf ein Ende dieser Zustände. Wenn Merz und Wadephul sich bei ihren USA-Besuchen für die Angriffe auf die Meinungsfreiheit rechtfertigen müssen und gar mit einem Ende der Geheimdienstkooperation gedroht wird, wird das schnell zu einem Umdenken führen.“ Auch Bundesvorstandsmitglied Gottschalk zeigt sich optimistisch, dass Trumps Regierung, die „sehr kritisch auf die Entwicklungen hier zulande“ schaue, „dabei nicht ewig tatenlos zuschauen wird“. Und auch AfD-Außenpolitiker Frohnmaier geht davon aus, „dass die Amerikaner im eigenen politischen Interesse Druck auf Kanzler Merz ausüben werden“.

Die Brandmauer aus Deutschland heraus zum Bröckeln zu bringen, war bislang erfolglos. Jetzt soll also ausgerechnet Trump diese einreißen und für einen anderen Umgang mit der AfD sorgen – und bei der Bundesregierung intervenieren, wenn sich die AfD ungerecht behandelt fühlt.

Parteichefin [Alice Weidel](https://www.welt.de/themen/alice-weidel/) (<https://www.welt.de/themen/alice-weidel/>) hat bislang nicht die Reise nach Washington angetreten – und das, obwohl die republikanische Abgeordnete Luna auch an sie öffentlich eine Einladung ausgesprochen hatte. „Ich bekomme viele Einladungen aus Washington“, sagte Weidel diese Woche vor der Fraktion. Sie wolle erst einmal alle prüfen und dann im nächsten Jahr bekannt geben „zu wem ich wohin reise“.

In der Fraktion munkelt man jedoch, der Grund sei ein anderer: Wenn schon nach Washington reisen, dann richtig. Eine Einladung eines entsprechenden Gesprächspartners sei allerdings bislang noch nicht dabei gewesen.

[Pauline von Pezold](https://www.welt.de/autor/pauline-von-pezold/) (<https://www.welt.de/autor/pauline-von-pezold/>) ist Reporterin beim Newsletter „Playbook“ von „Politico“ Deutschland.